

Die Druckerei... Die Redaktion... Druckerei...

Vertrieb... Expedition... Druckerei...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zum 18. März.

Roske und seine Erzieher.

Am 17. Februar fand in einem Berliner Hotel die Hochzeit des Hauptmanns Waldemar Babst statt...

Es dürfte die berechnete Öffentlichkeit interessieren, daß in dieses Hochzeitsfest folgendes Telegramm des „Arbeiters“ Roske hineinspielt:

„Seiner treuen Stube und dessen junger Gemahlin sende ich herzlichsten Glückwünsche...“

Der Bräutigam verlas das Telegramm und triumphierte:

„Der lernt ja schon Manieren, na, haben wir ihn nicht aufgezogen?“

Der Schießerloch aus dem Edenhotel.

Die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ des Herrn Hofrichter verbreiten unter der Überschrift „Kein geheimes Offiziersbefehl“ folgende Meldung:

Verständlich ist davon gerathen worden, daß ein geheimes Offiziersbefehl angeordnet haben soll, es wären auch die Leute zu erschlagen in deren Wohnungen Waffen gefunden werden...

Das Besitzen des betreffenden Befehls ist zuerst von uns aufgedeckt worden. Die Nachricht darüber stand in der Sonntag Morgen Ausgabe unserer Blätter...

Danach scheinen der Gardekanallierischützendivision die Auslagen die uns von Zeugen gemacht worden sind, welche alten Wachtthaber entwerfend, aber völlig unangeeignet gewesen zu sein...

Die Erschießung der Matrosen

Die „P. B. R.“ teilen mit: Die verschiedenen Gerüchte über Erschießung von Matrosen in der französischen Strafe haben den Reichspräsidenten veranlaßt...

Es wird höchste Zeit! Natürlich darf diese Untersuchung nicht von denjenigen Stellen geführt werden, die sich der Erschießung irgendwie beteiligt waren...

Selbst der „Vorwärts“ sieht sich sehr veranlaßt, zu der Matrosenerschießung Stellung zu nehmen. Er kommt damit zwar reichlich spät...

ichen Strafe auch Unschuldige zum Opfer gefallen sein sollen. Er meldet als besonderen Fall, daß sich unter den Erschossenen auch ein gewisser Adoner, Adicinstrasse 10, befunden habe...

Die Angaben der Zeugen stimmen durchaus. Es wurden aber nicht erst den Löwen Gold und Wertsachen abgenommen. Vielmehr wurden sämtliche Matrosen beim Betreten der Bureauräume untersucht...

Wir können außerdem noch mitteilen, daß auch einige Leute erschlagen worden sollten, weil sie Mitglieder der N. S. D. bei sich trugen. Diese Leute waren schon im Hofe mit aufgeführt und hatten bereits mit dem Leben abgeschlossen...

Der bayerische La-Drag.

München, 17. März. W. Z. B. Der bayerische Landtag trat heute vormittag wiederum im Landtagsgebäude zusammen. Es waren außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden...

Ein Kaliabkommen.

Berlin, 17. März. In Rotterdam ist heute das Abkommen über die Lieferung von Kali nach England abgeschlossen worden; es ist nicht ausgeschlossen, daß es noch zu einem weiteren Abkommen mit Amerika kommt...

Bichon über die Lage.

Paris, 16. März. Bei einem Empfang der alliierten Journalisten sagte Bichon nach einer Dopasammlung unter anderem: Die deutschen Schiffe, die zur Versorgung Deutschlands dienen werden, sollen einem internationalen Transportauschuß zur Verfügung gestellt werden...

Auf die Frage, ob der Völkervertrag in den Friedensvertrag aufgenommen würde, sagte Bichon, die Frage sei von dem Feindrat noch nicht offiziell angesprochen worden; seiner Ansicht nach könne der Völkervertrag nicht durch die Friedenspräliminarien festgelegt werden...

Bichon sagte weiter, die Konferenz habe die Frage der Schaffung eines deutschen Centralrats als neutralen, unabhängigen Staates noch nicht genau geprüft, aber es sei nicht daran zu zweifeln, daß diese Staatsform für jedes Land selbst Vorteile wirtschaftlicher, militärischer und handelspolitischer Art bringen werde...

In Bezug auf Polen sagte Bichon u. a.: Die Abreise polnischer Truppen nach Danzig ist grundsätzlich beschlossen; französische Offiziere sind ebenfalls beauftragt, nach Polen zur Verstärkung des Heeres zu gehen...

Weiter die bolschewistische Gefahr erklärte Bichon, die Frage werde bald auf die Tagesordnung gesetzt werden. Er versicherte, die französische Regierung habe niemals die Anerkennung der Sowjetregierung beschlossen.

Märzfeier.

„Noch sind nicht alle Märzgebeten...“ G. Serwegh.

Die erste Märzfeier im revolutionären Deutschland. Die Zwingsburgen der Monarchie sind gefallen. Der Militarismus hat einen fundibaren Schlag erhalten...

Würde es sich bloß um die Verwirklichung dieser Forderungen handeln, so könnte man heute triumphieren. Man könnte die Gräber der Märzgefallenen mit Emblemen des Sieges schmücken und stolz verkünden, daß das Werk, das sie begonnen, heute vollbracht sei...

Möglich, ja wahrscheinlich, daß der heutige Tag von bürgerlichen Demokraten und ihren rechtssozialistischen Mitläufern in solchem Sinne ausgenutzt werden wird. Das Klassenbewußte Proletariat macht diese Komödie nicht mit. Es weiß die große geschichtliche Bedeutung des Novemberstages sehr wohl zu würdigen...

Dieser Befreiungskampf ist durch die jetzige Epoche der deutschen Revolution auf das schwerste bedroht. In veränderter Form spielt sich jetzt in Deutschland derselbe Prozeß ab, der auf die Februarrevolution der Pariser Arbeiter die Juni-Schlächen, auf die Berliner März-Erhebung die September-Kämpfe, auf die Pariser Kommune von 1871 die Kollauden der Kommune-Schlichter leitete...

Die große Gefahr, die diese Regierung bedeutet, besteht darin, daß sie die Säure im Volke so zu steigern und die Konflikte derart auf die Spitze zu treiben im Begriff ist, daß beim geringsten Anlaß ein gewaltvoller Ausbruch erfolgen kann.

Die instinktive Erkenntnis dieser Lasten bildet die Grundlage der allgemeinen politischen Unruhe, der bürgerlichen Furcht und Entschlossenheit der bürgerlichen Klassen. Sie löst aber andererseits dem kämpfenden und leidenden Proletariat die Furcht ein, daß es nach dem jetzigen Rückwärtsschritt um so mächtiger erheben wird, um die Räder zwischen 1848 und 1919 anzuhalten zu können.

Wenn der mächtige revolutionäre Anlauf des Pariser Proletariats und die schwächeren Bewegungen in Berlin und Wien wirklich niedergeworfen wurden, so liegt das an der Unreife der damaligen ökonomischen Bedingungen. Diese Bedingungen sind jetzt für den Befreiungskampf des Proletariats unvermeidlich günstiger...

In Erkenntnis dieser historischen Notwendigkeit ehrt heute das deutsche Proletariat das Andenken seiner namenhaften Vorläufer vom 18. März 1848, die durch ihre revolutionäre Auflehnung gegen den absolutistischen Junkerstaat die Bahn freimachten nicht nur für die Schönerbächer des Frankfurter Parlaments und die bürgerliche Demokratie, sondern auch für die revolutionäre Bewegung des deutschen Proletariats, das in den nachfolgenden Jahrzehnten in

zäher, aufbauender Arbeit die Grundlage schuf für seinen sozialen Befreiungskampf.

An dem Wendepunkt, an dem jetzt dieser Befreiungskampf steht, kämpfen die deutschen Proletarier Mut und Zuversicht aus dem unbezweifelten Wirken ihrer Vorkämpfer, wie aus dem gemeinsamen Vorgehen ihrer Klassenangehörigen in allen Ländern.

„Die Besten müssen bringen in den Riß der Zeit, nur über ihren Leibern schließt er sich, nur ihre Leiber sind der letzte Samen, aus dem der Völkerfreiheit lippige Pflanze grünend hervorschießt, eine Welt befruchtend.“

Sozialistenhebe nach altem Rezept.

Sozialistenhebe unter einer angeblich sozialistischen Regierung klingt zwar recht sonderbar und doch ist es Tatsache. Das haben die Verhandlungen in der preussischen gesetzgebenden Landesversammlung über den Antrag der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion auf Aufhebung des über Berlin verhängten Belagerungszustandes und des Standrechtes mit nicht wegzuleugnender Bestimmtheit ergeben.

Mehr noch: Schlimmer und niederträchtiger ist die Sozialdemokratie im alten Dreiklassenparlament von der herrschenden Sippe und der reaktionären Regierung des alten Regiments bekämpft worden, wie am Freitag und gestern die Unabhängige Sozialdemokratie in dem auf Grund des „freiesten aller Wahlrechte“ zusammengesetzten Parlament, Regierung, Konervative bis zu den Mehrheitssozialisten hinüber bildete eine geschlossene Phalanx gegen unsere Partei.

Die Mittel, deren sich dieser Block gegen unsere Partei bediente, waren die alten abgebrauchten des früheren Systems; kein Haar anders.

Unsere Partei ist dieser Koalition der Störenfriede der Ruhe und Ordnung; sie föhrt diese Kreise in dem Bestreben, die bürgerliche Republik zu festigen, denn selbst Konervative erklären, sich mit den neuen Verhältnissen abfinden zu wollen. Unser Verbrechen ist, daß wir Sozialisten sind und auch bleiben wollen; daß wir fest entschlossen sind, das sozialistische Ziel zu erreichen, während sich die anderen gemächlich einrichten wollen.

Das darf nicht sein und so geht der Kampf dieser Fronde gegen den gemeinsamen „inneren“ Feind, gegen die unabhängige Sozialdemokratie. Es ist ein Schauspiel für Götter und wir hätten nur den einen Wunsch, nämlich den, daß die Arbeiter den stürmischen Sitzungen in diesem neuen Parlament hätten beiwohnen und sich durch Augenschein von dieser Art der Vertretung des Volkes hätten selber überzeugen können. Die Kampfweise dieser Koalition war furchtbar niedrig. Wer jemals die Ansicht einer Einigung vertreten haben mag, der muß nach dieser Kampfweise zu der Ueberzeugung kommen, daß mit solchen, an Wahlfähigkeit leidenden Parteivertretern, wie diese Rechtssozialisten sind, an eine Einigung nicht zu denken ist und daß die Arbeiter sich schon damit abfinden müssen, daß die Einigung nur auf dem Boden der revolutionären Kampfziele des Proletariats erfolgen kann. Regierung, Konervative, Zentrum, Demokraten, Rechtssozialisten, alle arbeiten nach demselben Rezept. Die Spartakisten haben die sinnlosen Schieberereien der letzten Zeit veranlaßt und die Unabhängigen gehören mit den Spartakisten zusammen, tragen vielmehr durch ihre wüste Hebe die Hauptschuld. Die „Freiheit“ bereitet den Boden. Das Truppenangebot und die getroffenen militärischen Maßnahmen sind nur Abwehraktionen, für die in letzter Linie wir die Verantwortung tragen. Auch der Generallstreik ist unser Werk.

Unser Redner D u ch wies nach, was uns von Spartakus trennt, daß wir blinde Gewalt bekämpfen und weil sie antisozialistisch ist. Daß solche Darlegungen in diesem Parlament tauben Ohren gebrüllt werden, ist selbstverständlich, genau so, wie das unter dem alten Regime der Fall war. Man braucht aber die Unabhängigenhebe, um die eigenen Anhänger eine Zeitlang noch bei der Fahne zu halten. Man macht in Entrüstung und arbeitet mit dem Appell an das Gefühl. Es sind in der Streikwoge Ausbreitungen vorgekommen und flugs werden diese, die mit der politischen Bewegung und auch mit dem Generallstreik nicht das mindeste zu tun haben, den Spartakisten und den Unabhängigen in die Schuhe geschoben. Der Belagerungszustand ist damit gerechtfertigt, das Standrecht ebenfalls und die bösen Unabhängigen sind gerichtet.

Und als unser Redner, zuletzt noch Genosse Hoffmann, zahlreiche Einzelfälle über Erziehung Unschuldiger durch Regierungstruppen vorträgt, bleiben dieselben Leute, die vorher bei anderen Ausbreitungen sich im Putzieren nicht genug tun konnten still und kalt und beweisen dadurch nur, wie weit ihre Heuchelei geht. Kein Wort der Verurteilung der Hebe und Willkür gegen die Berliner Bevölkerung; im Gegenteil, Rechtfertigung des Belagerungszustandes und des Standrechtes, was nach dieser Begründung nur noch als Ausnahmemaßregel gegen unsere Partei anzusehen ist, obwohl sie nicht das geringste mit den Strafkämpfern gemein gehabt hat.

Mit allen möglichen unkontrollierbaren Behauptungen wurde gearbeitet, selbst der Kriegsminister wachte nicht vor der ungläublichen Behauptung zurück, daß in Adlershof die Truppen große Waffenbeute gemacht hätten, obwohl es sich um Waffen der Fliegermeisterei handelte, die von der Kommandantur geliefert und dem Amisvorsteher genau bekannt waren. Es muß schlamm um eine Regierung stehen, die mit solchen Mitteln des alten Regimes nur noch arbeiten kann und um eine Partei, die zu der Methode der reaktionären Parteien mitregieren will. Gätten die Mehrheitssozialisten noch einen Rest von Sozialismus im Leib, so müßten sie sehen, wohin sie treiben, wenn sie schon von den Konservativen und dem Zentrum freudig begrüßt werden. Aber sie wollen nicht sehen, sie wollen Macht und wollen regieren. Ob dabei der Sozialismus ruiniert wird, ist ihnen gleichgültig.

Wir werden uns durch das Geheule und Geschimpfe gegen uns nicht irre machen lassen. Uns gilt der Sozialismus alles. Das Proletariat möge erst recht wachsam sein, dann wird es erkennen, wo seine wahren Freunde stehen.

Die Mehrheitssozialisten sind mit allen bürgerlichen Parteien an der Arbeit, gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei eine Programmitteilung hervorzurufen, um sich bei den bürgerlichen Freunden in besonders empfehlende

Erinnerung zu bringen. Sie hat das heute eigentlich nicht mehr nötig, nachdem sie während des Krieges ihren imperialistischen und nationalen Charakter zum deutlichen Ausdruck gebracht hat.

Diese neuen Debatten im Abgeordnetenhaus haben gezeigt, daß die Mehrheitssozialisten Feinde des revolutionären Proletariats sind, daß sie keinen Funken Verständnis für die Ursachen der tiefgehenden Bewegung der Zeit empfinden und den sozialistischen Grundfragen längst untreu geworden sind. Für uns doppelt und dreifach Betanlassung, fest und entschlossen im sozialistischen Kampfsgeist zu arbeiten trotz aller Sozialistenhebe!

Ein neues Opfer des Standrechtes.

Wir müssen ein neues Opfer des Moskischen Standrecht-Erlasses verzeichnen. Am Mittwoch, den 12. März, vormittags gegen 11 Uhr, wurde im Hofe des Hauses Remeler Str. 1b der Bigartenhändler Johannes Müller „standrechtlich“ erschossen. Der Genannte war seit 18 Jahren in der Arbeiterbewegung tätig und war ein überaus aktiver Anhänger der U. S. P. D.

Auf Grund einer Denunziation von Nachbarknechten erschienen an dem genannten Tage ein Leutnant und mehrere Soldaten in der Wohnung des Genossen Müller. Sie behaupteten, bei ihm seien Waffen versteckt. Er sowohl, als auch seine Familienangehörigen verneinten dies. Die Wohnung wurde gründlich durchsucht, aber weder Waffen noch Munition gefunden. Demgemäß eine Mitgelieferte Karte der U. S. P. D. und ein paar Schriften über die russische und die französische Revolution seien den Schergen des Herrn Koste in die Hände.

Das genügte dem Offizier, gegen den Genossen Müller das Todesurteil auszusprechen. Eine standrechtliche Verhandlung fand vorher nicht statt. Müller wurde in den Hof geführt und empfing dort von 6 Soldaten die tödliche Kugel. Seine Angehörigen, vom Schreck wie gelähmt, hörten in der Wohnung die Schüsse und wollten immer noch nicht daran glauben, daß ihr Vater getötet sein könnte. Nach ein paar Minuten kehrte der Leutnant zurück und teilte den Angehörigen ohne eine Spur von menschlicher Regung mit, daß das Todesurteil vollstreckt sei. Zugleich belohnte er den Angehörigen, sich fertig zu machen, da sie in einer Stunde abgeholt würden. Das ist aber nicht geschehen.

Der Offizier, der die Erziehung des Genossen Müller anordnete, heißt Baum und gehört zum Detachement von Großhe. Wir fordern, daß der Mann wegen dieser Mordtat sofort zur Rechenschaft gezogen wird.

Hüllen in Spandau.

In der Zeit, als das Freiwilligen-Regiment Hüllen Spandau besetzte, ist es an verschiedenen Stellen von Seiten des Freiwilligenregiments zu großen Ausschreitungen gekommen.

Ein Dame, die vom Bahnhof kam und sich auf dem Heimweg befand, wurde von einem Offiziersbedienten ohne Grund an die Wand geschleudert. Zwei Kameraden befanden sich in der Potsdamer Straße, der eine von diesen sollte ohne Grund zum Rathaus geführt werden, sein Kamerad zog ihn an dem Arm. Auf Grund dieses Tatbestandes legte ein junger Bengel, ungefähr 19 Jahre alt, auf denselben an und schob ihn nieder. Der Kamerad fiel sofort um, eine Krankenschwester und ein Sanitätsoffizier vom Reservelazarett II, die sich über diesen gemeinen Fall emboten, brachten den Verwundeten nach dem Lazarett, woselbst der Kamerad an den Folgen des Anschlusses gestorben ist.

Wer wird nun wegen dieser Mordtat zur Rechenschaft gezogen?

Reinhardt in Adlershof.

Am Sonntag morgen wurde Adlerhof von Regierungstruppen überfallen. Panzerautomobile, Kanonen leuchte und schwere Maschinengewehre wurden in Stellung gebracht. Man hatte vor, 8000 schwerbewaffnete Spartakisten zu verhaften. So wurde wenigstens am Tage vorher den Regierungstruppen bei der Befehlshandlung gesagt. Der Sieg hat aber den Grobcrern keine Vorbeeren eingebracht. Die Sicherheitsmaßnahmen, die den Aufstand bewachten, ließen sich ohne weiteres entziehen. Darauf wurde der ganze Block nach Westen abgedrückt. Da aber die Westfronten mit Ketten erbrochen. Die tapferen Grobcrer ließen jedoch ihre Mut an Tischen und Stühlen aus, an denen noch deutlich die Spuren des Kampfes zu sehen sind.

Bei der Durchführung der Schüsse aber erwies sich die Regierungstruppen als Viehhändler schöner Sachen. Eine Anzahl von Ärzten, Meßern, pharmazeutische Apparate und Bettdeckungsstücke ist verschwendung. Neben den angeführten Sachen wird beachtet eine genaue Aufstellung gemacht werden. Wenn sich Herr Kriegsminister Reinhardt für die Wohbeden interessiert, kann er sich heute noch von den Schäden überzeugen, die seine Schutztruppe angerichtet hat. Gleich es wurden auch Waffen erbeutet. Diese lagerten aber in den Waffenkammern und standen zur Verfügung der Sicherheitskräfte, die sie nicht für „spartakistische Umtriebe“ verwendete, sondern für die Sicherung des Flugplatzes, auf dem Millionen Werte lagern.

Die Regierungstruppen.

Der „Vorwärts“ hat vor einigen Tagen den Leistungen der Regierungstruppen einen schmerzhaften Kommentar gewidmet. Er fand darin nur Worte des Lobes für die höchst sonderbar aufmengesetzten Freiwilligenkorps. Inzwischen können ihm die Augen etwas besser geöffnet worden zu sein. Wenigstens schreibt er in seiner gestrigen Abendausgabe:

„Zusammenfassend aber kann man wohl sagen, daß nach allen bisherigen Erfahrungen eine gründliche Reform der Freiwilligenkorps nicht zu umgehen sein wird. Es muß erreicht werden, daß sich diese Truppen auf die Ausführung der ihnen erteilten Befehle beschränken, es muß verhindert werden, daß einzelne ihrer Angehörigen nach eigener Lust und Belieben Krieg führen.“

Im Bürgerkrieg wird es sich nie vermeiden lassen, daß Ausschreitungen auf beiden Seiten verübt werden, daß in Leidenschaft und Uebereifer mancher geschicht, was sich bei ruhiger Ueberlegung nicht rechtfertigen läßt. Aber Aufgabe der Regierungstruppen und ihrer Führung muß es sein, die Quellen dieses Uebels zu verstopfen. Man hat bisher nicht den Eindruck, daß in dieser Beziehung mit der nötigen Tatkraft vorgegangen wird.“

Eine gründliche Umlernung in zwei Tagen! Es fällt uns auch nicht ein, jeden einzelnen Freiwilligen als schlechten Menschen hinzustellen. Aber daran liegt es ja auch gar nicht. Denn nicht der Einzelne, sondern das ganze System der Freiwilligen-

verbände hat in diesen Tagen gezeigt, daß für ihn kein Platz sein darf in einer sozialen Republik. Nur dem „alten“ Verhältnis zu sozialen Offizieren und Mann“ für dessen Wiedereinführung der „Vorwärts“ in seinen Reklamepalten täglich Propaganda macht, haben wir die großen Ausschreitungen der letzten Tage zu verdanken. Der Offizier befiehlt, der Mann gehorcht, wird zur Maschine, weil sein eigenes verständiges und menschliches Denken ausgesetzt wird durch die militaristische Pflicht zur unbedingten Disziplin, zum knechtischen Gehorsam.

Immer tiefer.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Artikel gegen die Unabhängige Partei, worin er sich vor den erkrankten Zuschauern als Charakteristiker produziert. Die rechtssozialistischen Führer sind danach der Ausspruch nicht nur der politischen Weisheit, sondern auch, worauf wirklich noch niemand gekommen ist, Muster sozialistischer Prinzipientreue und Charakterstärke. Die Unabhängigen aber besitzen wohl Sinn und Instinkt für politische Konjunkturen, aber weder Ernst, noch Tatkraft, noch Mut, noch die Konsequenz, um die Geschichte eines Volkes zu leiten. Voraus folat, nur die Rechtssozialisten sind würdig, die Ministerstühle zu erklettern, wir aber gehörten eigentlich alle ins Gefängnis.

So weit, so gut. Das zu bewirken ist ja der Auftrag, den die rechtssozialistischen Journalisten auszuführen haben.

Aber diese Herren entließen sich diesmal der Aufgabe in einer selbst für den „Vorwärts“ ungewöhnlich schmerzlichen Weise. Sie behaupten, unsere Genossen hätten am 4. August für die Kredite gestimmt, nicht aus Prinzip, sondern aus Angst und weil die Konjunktur es damals verlangte. Die Herren wissen sehr gut, daß sie das Gegenteil der Wahrheit sagen und uns Motive zuschieben, die einen großen Teil der Arbeiter wirklich leiteten. Wir haben damals von der Partei verlangt, daß sie aktiven den sozialistischen und internationalen Prinzipien gegen die Kriegskredite Stimme, unabhängig aller Konsequenzen. Wir haben uns damals Viehknecht eingeschlossen, dem Fraktionswechsel nicht, weil wir unter den schwereren Umständen die Einheit und Geschlossenheit der Partei bewahren wollten. Und wir haben seitdem alles daran gesetzt, um die Partei auf den richtigen Weg zurückzuführen.

Der „Vorwärts“ meint, in dem Maße als die Unmöglichkeit offenbar wurde, den Krieg zu raubem, autem Ende zu führen, mußte der Mut der Unentschiedenen, sich wieder sonnanter Grundzüge zu befehlen. Die Gemeinheit charakterisiert den „Vorwärts“-Journalisten, trifft aber nicht die Partei, deren Anhänger während der bitteren Kriegsjahre die schlimmsten Verfassungen erduldeten, die größten Opfer brachten, lebte von den Knochenresten der Rechtssozialisten, geht von den Ebernen der Nachhaher, während die rechtssozialistischen Führer und ihre Partei die geschätztesten Lieblinge der Regierungsausni wurden.

Auf demselben Niveau stehen die Ausführungen des „Vorwärts“ über unsere Tätigkeit während und nach der Revolution. Doch es ist zu eskapist, sich dabei länger aufzuhalten.

Je tiefer die Kampfweise der Rechtssozialisten sinkt, desto raucher und unauhaltbarer werden unsere Fortschritte. Die ganze Meute ist leicht gegen uns losgelassen. Konervative und Rechtssozialisten sind ein Herz und eine Seele, wenn es gegen die Unabhängigen geht. Wir vertreten eben die wirklichen Masseninteressen des Proletariats, vertreten sie in ihrem vollen Umfang und bis zur letzten Konsequenz. Deshalb kammelt sich gegen uns alles, was bürocratisch ist, oder zu feige ist und zu kleinmütig, um die Durchführung des Sozialismus zu erkämpfen. Aber diese Sammlung ist kein Zeichen der Stärke, und die Verteilung der rechtssozialistischen Führer an ihr wird ihnen teuer zu stehen kommen. Denn gerade diese Sammlungspolitik hat bereits vielen rechtssozialistischen Arbeitern die Augen geblinzt. Die letzten Freigänge und die unethischen und widerwärtigen Verurteile, die in der Art des „Vorwärts“ auszusprechen werden den Rest belären.

Der „Vorwärts“ läßt in unieren Sinn und Instinkt für politische Konjunkturen gelten. Wir nehmen davon Kenntnis und können ihm versichern, daß wir der Weiterentwicklung der Linie mit Zuversicht entgegensehen. Die Zukunft muß doch uns anhören!

Das Berichtigungsgesetz.

Vom Arrestor Dülles wird uns folgendes mitgeteilt: „Der beim Galle Bekannte erkrankte Soldat hat nicht an sich, sondern infolgedessen, was anderen gebräut. In der Hauptstadt aber am Ministeriumstrassen in Berlin. Die Entscheidung fand nicht in der in dem Briefe erwähnten Weise statt, sondern wurde durch den Schlichter beschlossen, deren erst. Daher das Urteil verurteilt. Dem Toten hat nach drei Ringe gerichtet worden; der Hauptmann, der die Verurteilung leitete, hat nur einen Ring gefesselt, der dem Toten auf gelassen wurde. Auch die Verurteilung des Gewählmannes der „Freiheit“, unter Beobachtung worden zu sein, ist falsch, niemand in der betroffenen Truppe ist unter Beobachtung gestellt worden. Der Name des Verurteilten ist Bruno Niebert.“

Der Herr Hauptmann hat nur einen Ring gesehen, Uiere beiden Reupen haben aber drei gesehen und sie sind bereit, zu beweisen, daß dem Toten zwei Ringe gerichtet worden sind. Außerdem noch ein paar neue Schuhe, die die Berichtigung nötig verpassen zu haben scheint. Gerade dieses Viehknecht haben haben sich die beiden Zeugen empört, und diese Empörung hat ihnen den Oaf der Mitbeteiligten eingetragener, der zu ihrer Beobachtung und Entlassung führte.

Entschärfter Belagerungszustand in Neutölln.

In Neutölln ist der entschärfter Belagerungszustand, der am 17. März 1921 begann, zur Dauer wieder aufgehoben. Er, von neuem verhängt worden. Nach 9 Uhr abends darf sich niemand ohne Anweisung auf der Straße bilden lassen. Offizielle Lokale müssen um 8 1/2 Uhr schließen.

Beendeter Streik.

Badrum, 17. März. Die Verhandlungen der Jochen. Metz und Uertertagarbeiter von Deutsch-Luzemburg mit der Leitung der Gewerkschaft haben zu einer Einigung geführt. Die Arbeiter haben den Streik für beendet erklärt. Heute morgen sind die Belegschaften angefahren.

Totentanz.

Zum 18. März.

Es huscht im Friedrichshaine
Manch' düsterer Schatten umher.
Die alten Leichensteine
Erbeben und ächzen schwer.

Die grüne Eschende
Zerreiht in schwarzer Nacht.
Hin über Jaun und Heide
Stiebt eine wilde Jagd.

Die Toten lehren wieder:
Ihr Geist geht um im Land.
Sie singen Sturmeslieder
Von lodern dem Freiheitsbrand.

Sie konnten nicht mehr ruhen,
Der Frieden ward gestört.
Sie haben in ihren Trüben
So Eelfames gehört.

Die Jüngsten, die dort schlafen,
Sie haben viel erzählt.
Da haben all' die Braven
Das Aufstehen erwählt.

Voll Zorn und Kampfestoben
Sind sie zusammen erwacht.
Nun liefern sie hier oben
Die letzte, entscheidende Schlacht.

Die Toten reiten schnelle,
Ihr Geistesatem sprüht. —
„Hierher, du Sturmgefelle,
Hörst du der Kugel Lied?“

„Das sind vertraute Klänge,
Wie's achthundvierzig war;
Die alten Sturmesänge,
Die gleiche Volksgefahr.“

„Wir können nicht mehr sterben,
Denn wir sind ewig lebt.
Einst hat man in Verderben
Uns und in Tod gehet.“

„Nun kämpfen wir für's Leben,
Nicht eher gibt es Ruh'.
Vorwärts, kein Mitleidsobeden;
Kampfruder, schlage zu!“

„Erst wenn der Sieg errungen,
Dann steigen wir in's Grab,
Erst wenn der Feind bezwungen,
Dann sinken wir hinab.“

„Erst wenn von Mund zu Munde
Ein Freiheitsjauchzen klingt,
Erst wenn die frohe Kunde
In jede Hütte dringt — —“

„Dann wollen wir uns bergen
Ins Dunkel unsrer Gruft,
Und schlafen in den Särgen,
Bis man uns wieder ruft.“

Nachts geh'n im Friedrichshaine
Die alten Kämpfer umher.
Bemooste Leichensteine
Erbeben und ächzen schwer.

Es raucht nicht nur dorten
Geheimnisvoll zur Nacht.
Schon brausets allcorren.
Der Freiheitssturm erwacht.

Otto Reiser.

Groß-Berlin.

Befanntmachung.

Arbeiterräte Groß-Berlins!

Am Montag, den 24. März 1919, vor-
mittags 10 Uhr, findet in den Germania-
sälen, Chausseestraße, die
Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte
statt.

Tagesordnung:

Stellungnahme zum Reichsrätekongress!
Anträge zum Rätekongress, die in der Voll-
versammlung behandelt werden sollen, müssen bis zum
21. März dem Vollzugsrat eingereicht werden.

Am Freitag, den 28. März 1919, vor-
mittags 10 Uhr, findet in den Germania-
sälen, Chausseestraße, eine
Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte
statt.

Tagesordnung:

Wahl der Delegierten zum Reichsrätekongress!
Die Fraktionen werden ersucht, rechtzeitig zu diesen Voll-
versammlungen und den aufgestellten Tagesordnungen Stel-
lung zu nehmen.
Die Bureau des Vollzugsrates befinden sich jetzt im
Gange in den Zelten 23 (Telephon Amt Moabit 150
bis 154).

Regierungstruppen gegen Kinder.

Nicht nur gegen Sporthelfer, gegen Kommunisten, Unab-
hängige oder sonstige Personen geben die Regierungstruppen mit
Waffengewalt vor, auch gegen unschuldige Kinder verwenden sie
ihre Notwerkzeuge. In der Eibeistraße in Neutölln
befindet sich eine Gemeindefschule, wo kurzzeit Regierungstruppen
in Quartier liegen. Gestern mittags sammelte sich eine größere

Schar Kinder bei der Schule, um sich die Reste von dem Mittag-
essen aus der Gulaschkanone zu erbitten. Die Kinder mögen wohl
etwas zudringlich gewesen sein und sollten deshalb weggejagt wer-
den. Wie Kinder nun einmal sind — besonders wenn sie Hunger
haben —, sie wichen vor dem Schellen nicht gleich zurück. Da er-
griff ein Soldat eine Reibelbombe und schle-
bete sie unter die Kinderschar. Die Kinder eilten
erschreckt auseinander, aber mehrere von ihnen wurden doch von
Splittern des explodierenden Geschosses getroffen oder von den
ausströmenden Giftgasen an den verschiedensten Körperteilen
verbrannt. Die genaue Zahl der verletzten Kinder konnten
wir nicht ermitteln, es sind etwa 8 bis 12 Kinder betroffen.
Außer dem zum Teil schweren Verletzungen, die die Kinder er-
litten, haben auch bei allen die Bekleidungsstücke — Schuhe, Unter-
kleidung, Kleider und Mäntel — Schaden davongetragen, da die
giftigen Gase in Leder und Stoff Löcher gefressen haben. Es sind
alles Kinder armer Eltern, die nicht in der Lage sind, die Klei-

Sammelt Geld für Organisation und Presse!

dingung durch neue zu ersetzen. Wer ersetzt den Schaden? Ein
Offizier, dem eine Mutter die Sache vorstellte, soll mit großem
Gleichmut erklärt haben: „Wir wissen, wie weit wir zu gehen
haben.“ Er scheint also das Vorgehen seiner untergebenen Sol-
daten zu billigen.

Auf der Feuerwehrtasche in der Eibeistraße, wo die leichter
verletzten Kinder verbunden wurden, rief dieser Vorgang unter
den Feuerwehrleuten ebenso wie überall in Neutölln berechtigter
große Entrüstung über diesen Vubensjüch hervor. Man fragt,
ob denn die Kinder auch als Sporthelfer angesehen werden, daß
man auch gegen sie Schusswaffen mit Waffengewalt vorgeht.

Für die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Die Stadtverordneten Dr. Wehl und Genossen
(U. S. V.) haben folgende dringlichen Anträge bei der Ber-
liner Stadtverordnetenversammlung eingereicht:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,
bei der Deutschen Nationalversammlung und bei der
Reichsregierung die Uebnahme der durch die Un-
ruhen in Berlin entstandenen Schäden auf das
Reich zu fordern.“

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,
die Regierung zu ersuchen, sofort den Belagerungs-
zustand aufzuheben.“

Die Märzfeier in Neutölln

Kann heute abend nicht stattfinden, da in der Aula des Kaiser-
Friedrich-Realgymnasiums Soldaten einquartiert sind. Die Feier
findet nun einige Tage später statt. Näheres wird noch bekannt
gegeben. Die ausgedruckten Eintrittskarten behalten ihre Gültig-
keit.

Konferenz

der auf dem Boden der U. S. V. D. stehenden Stadt-
verordneten und Gemeindevertreter der
zum Zweckverband Groß-Berlin gehörenden Stadt- und
Landgemeinden am Sonntag, den 23. März 1919,
vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaal des Berliner
Rathauses. Tagesordnung: 1. Kommunale Angelegen-
heiten Groß-Berlins. Ref.: Dr. Wehl. 2. Aufgaben der
kommunalen Arbeiterräte. Ref.: Richard Müller.
Jeder Drei muß vertreten sein.

Mit Parteigrüß

Dr. Kurt Rosenfeld,

Berlin G. 2, Spandauerbrücke 1a.

Verhaftungen in Friedrichshagen.

Ueber die schon von o-beren Blättern berichteten Verhaftun-
gen von Mitgliedern der U. S. V. in Friedrichshagen wird uns
folgendes mitgeteilt: Am Sonntag früh um 6 Uhr erschien in
der Friedrichstraße 61 ein mit einer starken Patrouille besetztes
Automobil der Schutzdivision 81 und besetzte sofort alle Ausgänge
des dort befindlichen Verkehrslokals unserer Friedrichshagner
Genossen, des Restaurants „Eisenerhalten“. Da aber keine Waffen
oder sonst etwas Verdächtiges vorgefunden wurde, zog die
Patrouille unterrichtet Sache wieder ab. Sie begab sich aber
nun nach der Wohnung des Soldatenratsmitgliedes Genossen
Fritz Rosenkranz, den sie aus dem Zeit heraus verhafteten.
Wenig erging es dann dem 1. Vorsitzenden unseres Wahlbezirks
und Gemeindevorstandes Josef Kawrak, dem Genossen
Willy Rundi; sowie dem Cobmann des Arbeit-
errates Genossen Albert Karolich und schließlich
auch noch dem Sohn des Gemeindevorstandes Genossen Wiede-
mann, den man als Geisel für seinen nicht anwesenden Vater
mitnahm. Der Grund der Verhaftungen soll angeblich die Ent-
waffnung von Regierungstruppen sein, die man den Verhafteten
zur Last legt. Die Verhaftungen wurden nach dem Stab der Schutz-
division in Wiedorf gebracht. Der Vorfall erregte großes Aufsehen.

In Adlershof wurde der Genosse Klodt in
Gast genommen, obwohl er darauf hinwies, daß er Mitglied
in Gast genommen, obwohl er darauf hinwies, daß er Mitglied
der preussischen Nationalversammlung sei. Seine Karte als Ab-
geordneter wurde nicht beachtet. Erst auf Veranlassung der Di-
vision und nach Intervention des Amtsdirektors wurde Klodt
nach 2 1/2 Stunden wieder freigelassen. Arbeiter- und Soldaten-
räte ersetzten für die Militärs nicht.

Die Prozesse in Moabit.

In den gestrigen Verhandlungen vor der Strafkammer des
Landgerichts I hatten sich 20 Angeklagte wegen Aufruhr und Land-
friedensbruch, befangen durch die Teilnahme an der Besetzung
des Polizeirevierbüros und des „Vorwärts“ in der Woche vom
6. bis 12. Januar zu verantworten. Die Verhandlungen vor der
8. Strafkammer boten nicht wesentlich Neues, wir beschränken
uns daher auf die Wiedergabe des verurteilten Urteils. Es wur-
den verurteilt Klitz zu einem Jahr, Britsche, Oggen,
Veipold, Reinhardt und Rhoil zu je 9 Monaten und
Deutschmann zu 7 Monaten Gefängnis; Springer wurde
freigesprochen, die Verhandlung gegen Heim verlag.

Aus dem Prozeß gegen 10 Mann von der „Vorwärts“-Be-
satzung vor der 10. Strafkammer seien die Ausführ-
ungen des einen Verteidigers Justizrat Dr. Werhauer's
besonders hervorzuheben, die sich mit dem Begriff:

Mannschaften der bewaffneten Macht, gegen
die die Angeklagten Widerstand geleistet haben sollen, be-
schäftigen. Der Verteidiger bestritt an der Hand einer Entschä-
dung des Reichsgerichts vom 8. Dezember 1910, daß die Trup-
pen, die zur Wiedereroberung des „Vorwärts“ eingesetzt worden
waren, als Staatsgewalt im Sinne des Strafsystems anzusehen
sind. Auf Grund dieser angeführten Reichsgerichtsentscheidung
hätte es dazu einer besonderen Verordnung bedurft. Um Klarheit
zu schaffen, beantragte er eine Erklärung von der Regierung ein-
zuholen, ob sie nicht selbst den damaligen Kampf als einen regel-
rechten Krieg zwischen zwei Parteien mit allen Begleitmerkmalen
des Krieges: Truppeneinteilung, besonderen Aufweisen, Acquisi-
tionen usw. betrachtet, zwischen zwei Parteien, von denen keine
die andere als recht anerkennt. Dann wäre auch zu unterfragen,
obwohl durch Vernehmung eines Vertreters der Deutschen Partei,
inwieweit die Mittel für die Lösung dieser sogenannten Regi-
erungstruppen durch Privatpersonen aufgebracht worden sind!

Rechtsanwalt Theodor Niebuhr legte dem Staats-
anwalt auch nahe, gegen den Kellner Alfred Koland,
Karlstraße 26 bei Nabe, Strafantrag zu stellen, der sich als Mit-
glied des roten Soldatenbundes hat aufnehmen lassen, sich an
Demonstrationen und der Besetzung des „Vorwärts“ beteiligt und
dauernd mit der Kommandantur in telephonischer
Verbindung gestanden hat, ebenso gegen Leutnant
Vildebrand, der als Sporthelfer verhaftet ebenfalls zur
„Vorwärts“-Besatzung gehörte, um dort Spieldienste zu
leisten.

Ohne auf die Einwände der Verteidiger einzugehen, verur-
teilte das Gericht nach längerer Beratung folgendes Urteil: Klitz
1 Jahr, Klein 10 Monate, Schraven, Hoff-
stein und Diederich je 7 Monate, Gebauer und Ritz
je 6 Monate Gefängnis; Rischniß, Zimmermann und
Kunze zu werden freigesprochen.

Meldet den Schaden an!

Die Stadt Berlin ist gesetzlich verpflichtet, für den durch den
Kaufmann hervorgerufenen Schaden aufzukommen, ganz gleich, ob
es sich dabei um die Zerstörung von Gebäuden oder um die Ver-
nichung von Menschenleben handelt. Das Gesetz verlangt, daß
die Schäden innerhalb 14 Tagen nach Bekannt-
werden des Beschädigten angemeldet sind. Da
seit den ersten Aufstandstagen bereits 14 Tage vergangen sind,
müß es höchste Zeit, daß die Geschädigten ihre Verluste melden.
Wer diese Frist nicht einhält, muß gewärtig sein, abgewiesen zu
werden.

Vaterlandslose Gesellen.

In der 144. Gemeindefschule hat ein Lehrer Schäfer den Kin-
dern das Lied eingelehrt: Deutschland, Deutschland über alles!
Einige Kinder barsterten die erste Strope mit Deutschland unter
alles. Das empörte den Lehrer so, daß er erklärte, daß die betref-
fenden Kinder keine Vaterlandsliebe im Leibe hätten. Zwei Mä-
dchen hat er verhaßt und sie als vaterlandslose Gesellen be-
schimpft. Dabei ist der Herr Lehrer so in Wut geraten, daß er
brüllte. Dem Herrn sollte nahegelegt werden, lieber etwas anderes
zu tun, als sich an unferen Kindern noch weiter als Jugendbildner
zu betreiben.

Achtung! Arbeiterräte der Arbeitslosen Groß-Berlins.
Am Mittwoch, den 19. März, pünktlich 1 Uhr, findet im
Dresdener Garten, Dresdener Straße 45, eine Besprechung
statt betr. Stellungnahme zum Rätekongress und zum Kon-
gress der Arbeiterräte der Arbeitslosen Deutschlands. Alle
Arbeiterräte Groß-Berlins müssen erscheinen. Der Arbeit-
rat der Arbeitslosen Groß-Berlins.

Der Alarm in Hertzsdorf. In der Alarmierung der Feuer-
wehr in Hertzsdorf gegen in Anlage befindlichen Sporthelfer
wird uns mitgeteilt, daß die im Reservelazarett in Regel unter-
gebrachten kranken Soldaten an dem betreffenden Tage einen
Ausflug unternommen hatten und im Café Wolcy in Hertzsdorf
eingeleitet waren, um eine Erfrischung zu sich zu nehmen. Von
diesem Café aus ist die Feuerwehr in Hertzsdorf angerufen
worden. Allen Anschein von einem Manne, der an Sporthelfer-
schaft leidet und in den verwundeten Soldaten Sporthelfer ver-
mutete. Die abseits sitzenden Krankenschwestern hat der Mann
in seiner Gespenscherjurke nicht bemerkt, sonst hätte er von dem-
selben Auskunft bekommen, wenn er sich die Ruhe genommen
hätte sie zu fragen.

So wird Sporthelferjurke verbreitet.
In die Regierungstruppen hineingetrieben. Als am Freitag
nachmittag und abend Züge aus Johannisthal und Köpenick
ausfuhren mit vielen Tausenden von zurückkehrenden Arbeitern in
Stralau-Kummelsburg ankommen, wurden die Zuginsassen aufge-
fordert, auszustiegen, da aus militärischen Gründen der Zug
nicht weiterfährt. Die vielen Arbeiter, die gegen 7 Uhr ankamen,
wußten nicht wohin. — Und sie mußten sich entscheiden, den
weiteren Weg zu Fuß anzutreten. Es war finstern. Die Strophen
waren nicht erleuchtet. Wohin die Leute sich auch wendeten, überall
hingen sie auf stark bewaffnete Regierungstruppen. Ging man ein
Stück Weges, stieß man in der Finsternis auf die Dampferbahn,
und kam in den Verdacht, Sporthelfer zu sein. In den Seiten-
abteilungen bei Wittenberg vertreten sich viele und gerieten in schwere
Lebensgefahr. Viele Stunden irrten sich die Zurückbleibenden um-
her, um endlich einen Weg aus diesem Labyrinth zu finden.

Genosse Wilhelm Krause, Höchste Str. 8, ist am 15. März nach
längerem Leiden gestorben. Ein treuer Genosse, der als Abteilungs-
führer im vierten Reichs Reich gewissenhaft seine Schuldigkeit ge-
tan hat, ist damit unserer Partei getraut worden. Der einst kräf-
tige Mann ist auch ein Opfer der Kriegsliebe geworden und zog
sich die Proletariatskrankheit zu. Wären immer Arbeiter von solcher
Selbstlosigkeit unserer Partei erhalten bleiben. — Die Beerdigung
findet am Mittwoch um 4 1/2 Uhr im Krematorium, Becken-
straße, statt.

Unter großer Beteiligung wurde gestern mittag der in den
Landtagsgebäudebewegung sehr tätig gewesene Genosse Leo
Bernstein, Arbeiterrat des Betriebes A. Wertheim, Königs-
hof und Schriftführer des Wahlvereins im 5. Bezirk, auf dem Fried-
hofe in Weichensee zu Grabe getragen. Die vielen Kranzgebende
mit ihren roten Schleifen und herzlichen Widmungen zeugten
von der Beliebtheit und aufrichtigen Genossenschaft des Verstorbenen
in der Bewegung der Groß-Berliner Waren- und Kaufhausange-
stellten. Am schlichten Sarge sprachen mehrere Redner und waren
in ihren Redereien sich einzig die Arbeit im Sinne ihres geliebten
Kreuzes fortzusetzen und in seinem Geiste auszubauen und ihm
so ihre Treue zu beweisen. Genosse Bernstein war auf dem
Weg zu einer Arbeiterratsführung von einer Kugel getroffen
und getötet worden.

Die Benutzung der Gebäude, die der Familie Hohengoller
oder eines ihrer Mitglieder gehören, den Gemeinden für Wohlfüh-
lungszwecke zu ermöglichen, hat die Fraktion der Unabhängigen
sozialdemokratischen Fraktion der preussischen Landesversammlun-
g beantragt.

Reugen gesucht! Am 6. März wurde am Markstall der Soldat
der U. S. V. Georg Jänke erschossen. Jungen dieses
Berufs werden gebeten, sich bei der Mutter des Erschossenen,
Frau Marie Lied, Neutölln, Bergstraße 27, zu melden.

Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Kriegertotenblieben
des geliebten Siemenskonzerns! Am Mittwoch, den 19. März 1919,
abends 6 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Charlottenstraße

Preussische Landesversammlung.

4. Sitzung, Montag, 17. März 1919.

Abg. Reiner eröffnet die Sitzung nach 12 1/2 Uhr. Die Beratung des Antrags der U. Soz. wegen Aufhebung des Ständerechts und des Belagerungszustandes wird vertagt.

Dazu liegt der Antrag **Abg. Hoffmann** vor, die Regierung zu ersuchen, sofort eine Untersuchungskommission einzusetzen, die bestehend aus einem gleichen Anzahl Mitglieder der Landesversammlung und des Berliner Volksrates, die Aufgabe hat, die Vorgänge zu untersuchen, welche sich auf den Straßen-Großberlin in den letzten Wochen abgespielt haben und damit im Zusammenhang stehen. Ein Antrag der Abg. Koch und Gen. dazu, eine Kommission von 21 Mitgliedern einzusetzen, die gemäß Art. 82 der alten Preussischen Verfassung die Tatsachen über die Ursachen und den Verlauf der Unruhen in Berlin vom März dieses Jahres feststellen soll. Die Kommission ist berechtigt, den Justizminister und den Kriegsminister aufzufordern, die gerichtlichen Akten über die Aufhebung der Unruhen einzufordern, sowie dies ohne Verzögerung und Störung der gerichtlichen Verfahren möglich ist.

Ministerpräsident Sirch:

Die „B. B. am Montag“ hat vorigen Freitag über die Vorgänge in Lichtenberg zu ihrer Rechtfertigung folgendes mitgeteilt: Am 11 Uhr vormittags sei vom Ministerium des Innern bei ihr angekündigt und mitgeteilt worden, das Kommando der Schutzmannschaft habe gemeldet, sämtliche Posten des Polizeipräsidiums seien durchsucht worden, der übermittelte Beamte habe dringende Nachrichten in dem Blatte, anderenfalls mit einem Extrablatt, zu veröffentlichen. Diese Angaben haben Anlass zu gegenseitigen Vermutungen gegen das Ministerium des Innern ergeben, diese Schändlichkeit steigerte sich bis zum

Vorwurf der Uge.

Ich habe sofort Ermittlungen angestellt und teile deren Ergebnisse mit, da ich es für die vornehmste Pflicht der Regierung ansehe, nichts zu überheimeln. Kein Beamter des Ministeriums des Innern hat über die Vorgänge in Lichtenberg irgendwelche Mitteilungen an die „B. B.“ gemacht. Die Nachrichten, die sie, ebenso wie das Ministerium, erhalten hat, kommen von dem

Kommando der Schutzmannschaft.

Das hatte zwei gleichlautende Meldungen; von der Garde-Kavallerie, Schützen-Division, die ihr kurz nach 10 Uhr vormittags telefonisch mitgeteilt hatte, daß die gesamte Besatzung des Polizeipräsidiums ermordet worden sei und gab, die Nachricht von einem zehnjährigen zuverlässigen Augenzeugen erhalten zu haben; die zweite Meldung kam von einem Soldaten des Detachements Rünge, der sich auf die Angaben mehrerer Soldaten berief, die den Vorgang als Augenzeugen mit angesehen hätten. Daraufhin hat das Kommando der Schutzmannschaft von den Vorgängen Kenntnis genommen und deren Veröffentlichung angeordnet. Ob was Kommando der Schutzmannschaft bei dem telephonischen Anruf, wie mit ein Redakteur der „B. B.“ mitteilt, hinzugefügt hat, das Ministerium des Innern wüßte die Verhaftung, entzückt sich meiner Kenntnis; ich weiß, daß das Ministerium sich der Sache nicht das Wichtigste zu tun hat. Sie dürfen aber nicht vergessen, daß die ungeheure Aufregung, die sich aller bemächtigt hatte, die in unmittelbarer Verbindung mit diesem Vorgange stehen, eine feindliche Verleumdung in der Presse, so bedauerlich sie ist, verständlich erscheinen läßt. (Lebhafte Widerspruch bei den U. Soz.)

Ich entschuldige damit sogar die maßlos übertriebenen Darstellungen, die der Abg. **Abdolph Hoffmann**, wie ich annehme, durchaus in gutem Glauben hier wiedergegeben hat. Nach der Aussage der Priester des Polizeipräsidiums ist dies, soweit die Aussagen ihrer hochachtbarsten, in rohester Weise mißhandelt und während der Arrestierung unaufrichtig mit erschlichen bedroht worden. In einem Falle ist ein höherer Polizeibeamter wurde ihm gesagt, jetzt werde er erschossen, dann wurde er freigelassen, und nach einer Stunde wiederholte sich das gleiche Wandern. (Rufe bei den U. Soz.: Namen nennen!) — Ich werde mich hüten — wenn das nicht grausam ist, dann weiß ich nicht, was grausam ist. Nach den widersprüchlichen Meldungen ist ein Beamter Kaschke vom Polizeipräsidium gestochen. Abg. Dr. **Rosenfeld**: Also nicht ermordet! Legen Sie mir doch nicht Wort an, daß ich gar nicht gebraucht habe. Soviel parlamentarischer Anstand kann ich auch von Dr. **Rosenfeld** verlangen — ein anderer Beamter ist nach hundertfachen Mißhandlungen auf der Straße im Depot erschossen worden. Wo seine Leiche gefunden ist, steht bis jetzt noch nicht fest. Ein anderer Beamter **Schönfelder** ist auf seiner Wohnung geschleppt und gewaltig mißhandelt worden, einer ist verhaftet worden, sein Schicksal ist unbekannt. Wie Beamte haben infolge der fortgesetzten Bedrohungen und Mißhandlungen schwere Nervenbeschwerden erlitten (Ironisches bedauerndes Ohl Ohl bei den U. Soz. Darauf lebhafter Protest bei der Mehrheit.) Die bisher festgestellten Vorwurfsfälle in verschiedenen richterlichen Bestimmungen, die namentlich aufgehoben sind. Von ihnen hängt es ab, daß der Oberbefehlshaber nicht wieder zu ähnlichen Maßnahmen gezwungen wird. (Große Unruhe bei den U. Soz.) Darüber läßt die Regierung gar keinen Zweifel: soweit es sich bei den Spartakisten um eine geistige Bewegung handelt, wird sie ihr mit den Waffen des Geistes gegenüberstellen, aber der rohen Gewalt wird mit Gewalt entgegengetreten werden (Andauernde große Unruhe bei den U. Soz.)

Vollst. Licht in die ganze Angelegenheit wird so hoffentlich die parlamentarische Untersuchungskommission bringen, wie sie von den Herren Koch und Genossen beantragt wird. Auch die Regierung legt daran, daß die Schuld restlos festgestellt und die Wahrheit ermittelt wird.

Kriegsminister Reinhardt:

Tiefere Tatsachen bringen es mit sich, daß wir hier ebenso wie in vier Wochen in Weimar als erste parlamentarische Amtspflicht die Aufgabe obliegt. Ihnen Ausschluß zu geben über militärische Maßnahmen, die für den Wohlstand zu den schwersten und undankbarsten gehören. Es ist wohl kein Wort darüber zu verlieren, daß Soldaten, die 4 1/2 Jahre die höchste Pflicht, die Verteidigung der Heimat gegen äußere Feinde ausgeübt haben, nun nur mit büttendem Herzen ihre Pflicht im Bürgerkampf erfüllen. (Zurufe bei den U. Soz.: 17—18jährig!) Nur die härteste Bittere Erkenntnis führt uns zu handeln zu handeln zu handeln, hält diese Männer anfrecht, denn wir alle zu großem Danke verpflichtet sind. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.) Es wurde von dem Herrn Antragsteller beantragt, daß nicht nur noch dem Reichstag der kommunistischen Partei der Generalstreik ganz freiwillig verweigert sollte und daß die trotzigsten Kämpfe nur das Wort „Wandel“ und außerdem das Ergebnis der Eisenbahnen der verschiedenen Berliner Truppen und Wehren gewesen seien. Ich freue mich, daß das allgemeine Volk sich nicht durch die Propaganda der Partei verblenden lassen, wenn auch denen, die in der Behauptung (solchen Behauptung) ihr Leben einzusetzen, einflüßig gedankt würde. (Beifall.)

Was den Treubruch eines Teils der Wehren und der Matrosen anlangt, so kann eine

kleine Misgerichtsliche Schicksale,

wie sie auf dem Weg zur Verurteilung vorgetragen sind, einem solchen niemals entschuldigen. Solche Mißverständnisse waren im Kriege bei Freund und Feind so alljährlich und sind namentlich bei Straßenkämpfen so ungetrenntlich, daß unsere Gruppen Ober beim Feinde wäre, wenn jedesmal der betroffene Truppenteil darauf ein Recht zum Ueberlaufen geschöpft hätte. (Sehr richtig.) Bei Beurteilung der Ereignisse lassen Sie bitte, die Sprache der Tatsachen auf sich einwirken. Wie finden sich denn die Waffen zu gewalttätigen in den Händen verbrecherischer Aufwürger befindlichen Lagern zusammen? Wie kommen selbst Bekämpfte, die ausgesprochenen Großschmugglerzeuge, in die Hände sogenannter Unschuldiger und wie scheitern sich diese Schmugglerzeuge planmäßig und reichlich mit Munition? Wie oft hat schon die Volksgenerierung seit dem 9. November verordnet und genehmigt, die Waffen abzugeben! Am geistigen Sonntag sind in **Adlershof 27** Waffensammelgewehre, 600 Gewehre und Karabiner, 2321 Seitengewehre, 475 000 Patronen eingebracht worden. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Zuruf b. d. U. Soz. Auf der Kommission! Warum? Widerstand? Auf der Kommission! Warum? Widerstand? Sie belügen das Volk! Erneute Zurufe recht und große andauernde Unruhe!

Präsident Reiner: Ich bitte die Herren (zu den U. Soz.) doch den parlamentarischen Anstand zu wahren. (Zurufe des Abg. **Abdolph Hoffmann**.) Herr **Abdolph Hoffmann**, der parlamentarische Anstand ist durch den Herrn Kriegsminister in keiner Weise verletzt worden. (Zurufe b. d. U. Soz.: Aber die Wahrheit!) Das können Sie (zu den U. Soz.) so ohne weiteres nicht entscheiden, ob die Wahrheit verletzt ist, oder nicht. (Widerspruch und erneute Zurufe b. d. U. Soz.) Es kommen hierzu noch 4 Redner zum Wort und der Kampf nun parlamentarisch angeordnet werden, nicht aber in einem Tone, der nicht einmal in Ihren Parteiverfassungen üblich ist. (Sehr richtig! Große Unruhe b. d. U. Soz.) Ich bitte um Ruhe, bitte den Herrn Kriegsminister fortzulassen!

Daß die Kämpfe nicht so einseitig waren, beweisen die Verluste der Regierungstruppen. Eine Division hatte schon am 13. abends rund 20 Offiziere und 80 Mann an Toten und Verwunden verloren. Einzelne dieser in Kampf für die Ordnung umgekommenen sind dabei von eigenen Volksgenossen schwere Verletzungen in unbegreiflicher Rohheit erlitten worden. Der Minister führt einzelne Fälle an, nach denen bereits in der Presse veröffentlichten Begegnungen. (Zurufe bei den U. Soz.: Erzählen Sie uns doch lieber etwas von Grausamkeiten der Regierungstruppen!) Es herrscht unter allen blühenden Denkenden die Ueberzeugung, daß die Regierungstruppen zusehender gereizt worden sind. Und je schwerer der Kampf, desto weniger lassen sich Schäden vermeiden. Aber sein vernünftiger Mensch kann doch glauben, daß die mit vieler Mühe zusammengeführten Freiwilligen sich über solche Kämpfe freuen. (Zurufe bei den U. Soz.: Das tun sie! Natürlich bei der Mehrheit.) Oder daß unsere Lampenproben, aber natürlich auch freigeübten Offizieren sich in solchen Aufgaben drängen oder gar, daß die vom deutschen Volk erwählten Führer tatsächlich nach Gutdürftigen Tyrannen seien. Dagegen sträubt sich der schärfste gesunde Menschenverstand. Kein, die blühende Siedung unserer Friedenskommissionen oder Verirrten, denen der gesunde Menschenverstand vollkommen abhandeln gekommen ist. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Nach dem Erlaß des Ständerechts wurde ja das Uebergehende gleich aufgehoben, wenn die Spartakisten die Waffen niedergelegt hätten. Das lag in ihrer Hand. Daher ist es Verrat, über das Ständerecht zu jammern, oder die Urheber der ganzen Sache mit dem Mantel der Liebe zu bedecken. (Sehr wahr.) Im übrigen sind alle verantwortlichen Dienststellen getreulich gewesen, den der Regierung aufzunehmenden Kampf um keinen Preis, aber das unerlässliche Maß zu verkürzen.

Kriegsminister Reinhardt: Nach diesen Feststellungen kann nicht daran gezweifelt werden, daß eine kleine, wohlorganisierte Widerpart mit Gewalt die Herrschaft über die große Masse des deutschen Volkes an sich reißen wollte. (Sehr richtig.) und daß es die heiligste Pflicht der Regierung ist, mit dem Geiste ihrer zur Verfügung stehenden Maßnahmen gegen die Freiheit des Volkes gegen gewalttätige Unterdrückung zu kämpfen. Die Verschärfung des Belagerungszustandes ist hierbei vom militärischen Standpunkt aus eine ganz unerlässliche Maßnahme. Die Verschärfung des Ständerechts

ist nur einer äußersten Notlage entsprungen. Wir kämpfen seit vier Monaten gegen die bewaffnete Vergewaltigung. Die bis Januar angewendeten Mittel haben nicht genügt, die Verbrecher niederzuschlagen und sie von Wiederholung abzuführen. Die Staatsgewalt war daher verpflichtet, zu schärferen Mitteln zu greifen. Ihre Notlage lenkte sie auf die deutlichsten in den Volkstagen und Gruppierungen, denen die ausgeführt waren, die der Volksgenerierung ihre Dienste geliehen haben. Zahlen sprechen hier deutlich, auch wenn man alle die zum Teil recht großen, übrigens beiderseitigen Ueberreitungen abstricht, die für jeden Kenner die unentzweifelnde Folge der Aufhebung des Ständerechts sind.

Eine Folge ist es, daß die Rolle von dem Erlaß des Ständerechts von der Truppe oder ihren Führern genommen worden ist. Bedenklich die Haltung der Spartakisten hat sich in dem Verlaufe verhalten, und dem Verlaufe wurde die Weisung an die Truppenführer gegeben, hiervon nur den durch die Lage bedingten Gebrauch zu machen. Mit der Rolle schon in Weimar versichert, er werde den Befehl in der ersten Stunde wieder aufheben, in der die Lage dies erlaube. Wovon es erforderte der Befehl, seit Freitag keine Opfer mehr, denn die Aufrechter haben sich gedrückt, und die Waffenabgabe ging leidend ohne jedes Blutvergießen vonstatten. Was also doch eine Folgerwirkung des strengen Verlaufs sein dürfte. Daraufhin ist der Befehl zehntausendmal aufgehoben worden, unter der Voraussetzung, daß die Ordnung und Sicherheit nicht mehr gefährdet werden wird. Daß eine einmal in Kampferregung verlegte Truppe nicht gereizt, sondern gegährt werden muß, wissen wir alle. Befehle in dieser Richtung sind ergangen. Die Vererbung hat die Gegenseite befohlen. Jedenfalls haben die Vorgänge bewiesen, daß Ordnung und Disziplin in den Truppen sehr sorgfältiger Pflege bedürfen. Ich weißte darauf hin, angesichts der vielen Fortschritte in den letzten Monaten über Disziplin und Kadovergehörigkeit, über Kommandogewalt und Soldatenrechte. Drüben Sie und die Reichswehr so aufgezogen, daß ihre Manneswürde und ihre Ausbildung auf eine hohe Stufe kommen. Dann wird Herr Hoffmann wenig mehr zu sagen haben. (Weiterer Beifall.) Dann werden die Uebergriffe aufgehoben. (Zurufe: Können die Arbeiterinnschäfte nicht mehr auf falsche Ziele, dann vermindern sich auch die folgenden Schandermeldungen. Entschieden ablehnen mich ich die Behauptung, daß die angebliche Verrohung der Arbeiterleute die Erklärung für Mord, Minderwertigkeit und Mord abgeben soll. Es mögen viele von uns rüber geworden sei durch die Störung im Arbeitsleben, aber die meisten sind dadurch auch gelindert (1) worden, wenigstens die, die wirklich hart und dauernd zu arbeiten und zu kämpfen hatten. Kein, die Arbeiterleute der Unten ist verabschiedeten Jugendlichen und Deutscherger zu der Rolle, wie sie wieder schon in den letzten Kriegsmomenten allzu häufig zu finden waren in einer Gemeinschaft mit den Fahnenführern. Daß Herr Hoffmann auf die glückliche Stunde mit dem letzten

den Anker

geheißt hat wegen seiner Abreise nach Holland, muß jeden Soldaten in seiner Verantwortlichkeit klar sein. Wachen ändern

Entschluß der Kaiser an jenem 9. November auch hätte fester sein, er mühte zu neuen blutigen Kämpfen und weiterer Opfern, sei es im Kampfe gegen die Feinde, sei es im Bürgerkrieg, führen. Um diese zu vermeiden, also aus rein menschlichen und vaterländischen Empfinden, wenn ich der Kaiser damals nach Holland zurück.

Bei einzelnen Angriffen soll kein Wort über die Spartakisten zu sagen gewesen sein. Das war sogar die Regel und beweis nur, daß auch die Spartakisten durchaus nicht nur Gelegenheitskämpfer sind, sondern sich recht gut auf Handwerker verhalten. Um so mehr braucht auch die sozialistische Regierung geliebte Truppen. Dem deutschen Volk soll nicht schlechter werden als irgend einem Staate in der Welt. Das ist unsere einfache deutsche Pflicht. Es kommt dem Beispiel man uns dauernd mit den hebräischen Warnungen vor der Gegenrevolution. Sie sollte kommen, dann wieder in den blutigen Januartagen, und dann sollte sie kommen. In der „Freiheit“ heißt es, daß der General von **Letow** als ihr Leiter vor der Handlung auf dem Schilde gehalten sei. Wiederum alles Schandmal Mann worden wir Ruhe vor diesen Greuelen wollen? Nach dem Wunsch der Spartakisten sicher niemals. Die wollen uns annehmen. Wir aber wollen den Frieden mit vollster Ehrlichkeit. Wir wollen alle zusammenhalten, alle Arbeiter, Arbeiter und Soldaten. Heute, nachdem die Ruhe in der Hauptstadt wieder eingeleitet ist (Abg. **Abdolph Hoffmann**: Richtig! Richtig! bei den U. Soz.) wollen wir den hehren Offizieren und Mannschaften und auch dem Oberbefehlshaber die Rolle danken. Das deutsche Volk ist sich einig, unter der Führung der Volksgenerierung zu kämpfen gegen gewalttätige Verbrecher, die unsere Frieden und unsere Freiheit töten. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident macht Mitteilung von einem Antrag **Protonow** (B.), der die Untersuchung durch die Kommission auch ausdehnen will auf die Unruhen in anderen Teilen Preußens während dieses Jahres.

Abg. Sirch (Soz.): Wir begrüßen diese Debatte. Das preussische Volk will wissen, ob das Parlament den Willen und die Regierung die Macht hat, das Volk vor weiteren Unruhen zu schützen. Sonst treiben wir dem Abgrund entgegen. Diese Landesversammlung ist nach dem freiesten Wahlrecht gewählt. Gewiß muß noch viel zu tun, aber es ist unmöglich, in einem Tage all die Wünsche der Volksgenerierung zu erfüllen. Dazu ist ein organischer Aufbau unerlässlich, der nicht alle Augenblicke durch spartakistische Triebkräfte gestört werden darf. Wir sind dem Durchbruch nahe. Es gibt nur eine Möglichkeit, aus dem Zustand der Krise herauszukommen: das ist Arbeit, kulturfördernde Tätigkeit. Wir haben volles Verständnis für das Verlangen der Arbeiter, sich die Lust des Lebens zu erschließen, aber ein Generalstreik in dieser Zeit ist ein Verbrechen. (Lebhafte Zustimmung bei den U. Soz.) Die Unabhängigen jammern über das Unschuldig vergossene Blut, aber mit keinem Wort hat der Abg. Hoffmann die Unruhen berührt, die es zu den Kämpfen der letzten Zeit haben kommen lassen, gegen die Spartakisten, die zuerst mit Waffengewalt vorgegangen sind. (Abg. Hoffmann: Der Kriegsminister hat das Gegenstück behauptet!) Das ist nicht wahr. Ich habe bereits planmäßig vorbereitet worden. Ich habe bereits am Montag gesehen, wie spartakistische Truppen gegen die Alexanderkaserne zogen. Die Regierung mußte gegen das Verbrechertum mit den allerstärksten Mitteln vorgehen, gerade im Interesse der Arbeiter. Die Unabhängigen sind Schand, wenn Truppen herbeigezogen werden mußten. Die Truppen waren nötig zum Schutze der Demokratie. Wenn die Arbeitermassen wieder Arbeit und Lebensmittel bekommen, dann ist es mit der Herrschaft der Unabhängigen vorbei. (Zustimmung.) Düsseldorf haben die Unabhängigen zu einer armen Stadt gemacht. Die Regierungstruppen haben sich durchaus vortun und anständig benommen. Eine Einigung der Arbeiter gibt es nur noch auf dem Boden der Demokratie. Ist es nicht auffallend, daß die Presse der bürgerlichen Demokratie und der Wehrheitssozialisten immer unerschrocken (1) und die Deutsche Tageszeitung nicht? Der Belagerungszustand kann erst aufgehoben werden, wenn wieder Ruhe und Ordnung in Berlin vorhanden ist. Wir rufen den Arbeitern und Soldaten und Preußen zu: Laßt die Trennung und Selbstzerstückung, hört auf mit dem Bruderhate! Laßt Euch nicht weiter aufputschen. Wir sind zu positiver Arbeit bereit. (Beifall der Soz.)

Abg. Protonow (B.): Die Reden der Unabhängigen erinnern sehr sehr an die Ausdrücke, die früher die Arbeiter gemacht haben, die jetzt die Führung der Regierung haben. Die schigen Nachhaber nehmen es an beiden Orten ab, mit den geschicklichen Arbeitern zusammenzuarbeiten. Ihre große Schamlosigkeit zeigt ihnen in den Kopf gelassen zu sein. Die jetzige Regierungsmänner gebrauchten zur Verteidigung gegen die Unabhängigen dieselben Gedanken, die wie immer vertreten haben. Wir freuen uns dieser Wehrkraft unserer Gedanken, denen auch ein sozialdemokratischer Minister nicht widerstehen kann. Regieren ist eben schwerer als kritisieren. Das müssen jetzt die erleuchteten Köpfe der jetzigen Regierungsmänner einsehen. (Heiterkeit im Zentrum.) Ist der Regierung bekannt, daß die Unabhängigen und Spartakisten zum 29. März einen neuen Generalstreik planen? Wir haben den bringen den Wunsch, daß alle Verleumdungen gelassen werden, damit nicht wieder solch ein Bürgerkrieg eintritt, damit die ungeheure Verleumdung von Staats- und Privatleuten um unterbleibe. Hätte die Regierung rechtzeitig eingegriffen, dann wäre der Spartakismus unterdrückt. Die Behauptung, daß die Bauern streiken wollen, ist übertrieben. Die Bauern streiken nicht hinter den Konsul in Medien eines Odenburg (Winn). Wähler hat die Regierung in Medien nur gegeben und verhandelt und Blatte mit häßlichen Bildern ansetzen lassen. Das reicht nicht aus, um einen kleinen Prozentsatz von proletarischen Menschen zur Vernunft zu bringen. Den Belagerungszustand und das Ständerecht hat die Regierung nicht aus Uebermut oder Mordlust verhängt, sondern nur in der äußersten Notlage, um die Bevölkerung vor wahlmännigen Verbrechen zu schützen. In einem solchen Falle ist die größte Mühseligkeit die schärfste Wohltat für die Menschheit. Im Durchschnitt haben 5 Prozent Spartakisten 95 Prozent Arbeitstätige an der Arbeit verhindert. (Ohl, hört!) Das Blut der Unschuldigen kommt auf die Rechnung der Unabhängigen und Spartakisten. Die Regierung hätte früher eingreifen müssen, dann hätte sie die Hauptverantwortung gehabt. (Zurufe: Hoffmann!) Die Mehrheit wäre dann nicht um das Leben gekommen. Die Wehrheitssozialisten sollten in allen Orten einen Grenzstreik zwischen sich und den Unabhängigen ziehen. Wir brauchen Frieden, Ruhe und Ordnung. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Riesel (Dem.): In unserer geradezu trostlosen wirtschaftlichen Lage ist eine reichhaltigste Sonderleistung, die Arbeiterschaft von einem Teil in den anderen hineinzujagen. Ein Stück nach dem andern wird organisiert, dann steht System, das Reich ist Anarchie und Chaos. Das gilt auch von dem letzten Reich in Berlin. Jetzt verläßt man die Rationierungsverwaltung in Weimar auf diesem Wege abzuschließen, und dann sollte es in Berlin losgehen; die neue Regierung sollte man so schon bei der Hand, da hier „zufällig“ am 2. März der Unabhängigen Vortag stattfand. Niemand ist ein Arbeitstätiger vom Tausend getrennt worden als dieser. Er hatte lediglich den Zweck, den politischen Furch zu verlagern. Darum ertränkte man unmittelbar nach der Proklamierung des Generalstreiks 50 Volksgenossen. Die Wachen werden die schwarzen Schützen, die alsbald auftauchen, wird auch kein Mensch für Lebnisse arbeiten haben, die die Kriegsteilnehmer aus dem Felde zurückgebracht haben. Gestern hat man in der Beulstraße in Moabit bei den Parteigenossen des Herrn **Abdolph Hoffmann**

man ganze Kette von vollgepfänderten Gegenständen vorzuführen. (Stürmische Zurufe bei den U. Soz.) Ihre Streikleitung hat ihre Anhänger zu solchen Gewalttätigkeiten direkt aufgefordert. In Düsseldorf schossen die U. Soz. ganz wehrlos mit Maschinengewehren in einen Umgang meiner Parteifreunde hinein, mit dem Ergebnis: 14 Tote und zahlreiche Verwundete. (Stürmischer Ausbruch der Entrüstung bei der Mehrheit, andererseits Rufe: Weber! Weber! Abg. Dr. Rosenfeld ruft: Holt doch den Leutnant mit 10 Mann!) In Berlin ist es nicht anders zugegangen. Als der Generalkriegsminister sich seinem Ende näherte, versammelten sich die Vertrauensmänner des Eisenbahnerverbandes in Kummelsburg, um dazu Stellung zu nehmen. Die Unabhängigen haben das Versammlungslokal mit Hilfe von 200 Bewaffneten belagert. Handgranaten in der Saal geworfen und auf die Herauskommenden mit Gummiknüppeln und Waffen losgeschlagen, so daß es 40 Säververletzte gab, darunter unsern Kollegen, das Mitglied dieses Hauses, Otto Hoffmann, der mit sechs Messerstichen im Kopfe im Krankenhaus zu Kummelsburg heute noch darniederliegt. (Neuer Ausbruch des Unwillens bei der Mehrheit, stürmische andauernde Pöbeleien.) An Nöden (zu den U. Soz.) Ringern hebt das Blut dieser ehrlichen Arbeiter. Der Regierung kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nicht rechtzeitig zum Schutze der Arbeiter eingegriffen hat. Auf die Sicherheitsmaßnahmen in Kummelsburg überall Verlaß gewesen, in Halle hat sie sich sofort an die Spitze der Plünderer gestellt. Die Unabhängigen verfolgen die Politik, das Vertrauen zu den Regierungstruppen zu untergraben, damit sie, ihre Offiziere, die Regierung und Räte auch die letzte Luft verlieren, noch etwas zum Schutze des Bürgertums zu tun. Wir danken den Truppen und dem Oberbefehlshaber, wir danken auch den treuen Schuhmännern für das, was sie geleistet haben. Der Belagerungsstand kann angeht alle dieser und vieler anderer Schandthaten noch nicht aufgehoben werden. Der Antrag Hoffmann hat offenbar den Zweck, die entscheidende Niederlage des Generalkriegs zu verhindern. Die U. Soz. erscheinen, wie ihr Parteitag zeigt, als die fraktionstrennende des Sozialismus. Dem Antrag auch stimmen wir zu. Draußen geht es mit der Propaganda für neue Pläne schon munter weiter. Ausgerechnet Herr Adolf Hoffmann regt sich hier über die Unterdrückung der „Republik“ auf, er, der an der Spitze eines bewaffneten Hauses am 9. November in die Redaktion der „Berliner Volkszeitung“ eintrat! Auch über die Telefonsperrung dürfen sich gerade die Unabhängigen am wenigsten „Klagen“. Wir verlangen vor allem die restlose Beschlagnahme der Waffen.

Abg. Dr. Kaufmann (D. Volk): Wenn wir Opposition gegen die Regierung machen, so vermahnen wir uns doch entschieden gegen jede Gemeinschaft mit den Unabhängigen. (1) Eine gewisse Schuld an den Zuständen hat auch die Regierung, weil sie zu spät eingegriffen hat, haben aber auch alle die, die die Revolution des 9. November und damit die Tat des Aufstiegs verherrlichten.

Obuch (U. S. P.) anfangs von fast ununterbrochenen Zwischenrufen gestört, die später aber verstummen: Es fällt schwer, nachdem sechs Redner alle fast in dasselbe Horn geblasen haben, auf alles das eingehen, was an Verdrehungen vorgebracht worden ist. Meine Aufgabe wird sein, frei von der Beidenhaftigkeit und Erregung meiner Vorredner.

den Ursachen nachzugehen,

die zu den Ereignissen geführt haben. Die Leidenschaft bleibt an der Oberfläche haften. Dafür liefert die Rede des Justizministers keine den besten Beweis. Anstatt uns objektive Tatsachen zu bringen und uns darzulegen, aus welchen Umständen die Regierung zu ihren Maßnahmen gekommen ist, hat er sich darauf beschränkt, unsere Partei auf das Heftigste anzugreifen, uns nachzugehen, wir billigen zwar heimlich das Vorgehen der Kommunisten, belächeln es aber zum Schein öffentlich. Ich glaube, wenn wir, die Unabhängigen, in programmatischer Erklärung unsern Standpunkt darlegen, darf ich wohl erwarten, daß sie mit dem nötigen Ernst diesen politischen Forderungen gegenüberstehen und nicht mit einigen höflichen Worten darüber hinweggehen und Beschuldigungen aufhäufen, die sie nicht beweisen können. Der Parteitag hat erst vor kurzem ausdrücklich festgesetzt,

daß wir planlose Gewalttätigkeiten verwerfen.

(Zurufe: planlos, also nicht planmäßig!) Jawohl, Justizminister Heine ist auch über das Wörtchen gestolpert. Er mühte wissen, und es steht auch in der programmatischen Erklärung, daß wir nicht gegen Personen, sondern gegen das System kämpfen. In diesem Sinne lehnen wir Gewalttätigkeiten als planlos ab. Die Rechtssozialisten haben vielfach in dasselbe Horn geblasen, daß unsere Haltung genau den sozialistischen Grundsätzen entspricht, die wir nicht nur theoretisch vertreten, sondern auch in die Praxis umsetzen wollen. Dabei wenden wir die Kampfmittel an, die dem Wesen des proletarischen Kampfes eigentümlich sind.

Herr Minister Heine hat behauptet, wir verleugneten die Handlungen, die wir wünschen, und zu denen wir die jungen Menschen antrieben, die aus Idealismus in den Kampf gingen. Das ist falsch. Junge Leute neigen meist dazu, sich zu den extremsten Forderungen zu bekennen. Und die Führer der Spartakisten sind Mann genug, selbst ihren Weg zu finden und zu geben. Die Angriffe von Ihrer Seite gegen uns beweisen gerade, wie falsch es ist, zu sagen, die Unabhängigen suchten nur die Leute aufzuhaken, um sie dann im Stiche zu lassen. Aber die Zusammenkoppelung unserer Partei mit den Kommunisten geschieht, um uns von unserem Standpunkte abzubringen. Wir sind die Alten geblieben und werden es bleiben. Das können die Rechtssozialisten sich nicht sagen. In dieser Hinsicht war die Kennzeichnung durch den Abg. Gronowitsch nicht unbedeutend.

Man hat uns „Eichhorn“ zugerufen. Dieser hat bei dem Angriff der Regierung auf die Hochburg der Revolution, das Volkspräsidium, die Rechte der revolutionären Arbeiterschaft verweigert. Herr Heine, der doch auch nur kraft der Revolution auf seinen Platz gekommen ist, hat am wenigsten ein Recht, ihm daraus einen Vorwurf zu machen. Im Falle Ledebour bebauerte ich, daß sich ein Minister in ein schwebendes Versehen eingemischt hat.

Was der Vollzugsrat in seinem Mitteilungsblatt immer behauptet hat und was für jeden Einsichtigen klar ist, hat jetzt auch ein Mann wie General Rüttwig zugeben müssen. Er hat festgestellt, auf Grund seiner genauen Kenntnis des Materials,

daß der Generalkriegsminister mit den Plünderungen nichts zu tun hat.

Auch die Volksmarinedivision hat nichts damit zu tun. Diese wurde durch die fortwährenden Zurücksetzungen gegenüber den Freiwilligenkorps in Erregung versetzt, wie auch die republikanische Soldatenwehr. Das war der Ausgangspunkt für die Märzereignisse. Der Hochball der Januarereignisse hat Teile der Bevölkerung auf die Seite dieser Truppenteile geführt. Die Wurzeln der Vorgänge liegen darin, daß die Rechtssozialisten,

die Revolution im Stich gelassen haben.

Das kann den aufgeklärten Arbeitern nicht gleichgültig sein. Die Art und Weise, wie Sie über die Arbeiterkräfte hinweggehen, muß die Arbeiterschaft aufpassen. Auf Sie fällt der Stein.

Wenn man uns vorwirft, auch wir handhaben, wo wir die Macht hätten, wie in Düsseldorf, das Ständrecht, so zeigt das von der größten Unkenntnis der Dinge. Dort sind wir es gerade gewesen, die sich mit Entschiedenheit und Erfolg gegen das von den Spartakusanhängern angekündigte Ständrecht gewendet haben. Bedauert habe ich, daß die Selbstbeauftragten zur Sicherung der Republik am 9. November kein Ständgericht geschaffen haben.

Der Belagerungsstand, der nicht nur Berlin, sondern das ganze Land bedroht,

entfehrt der Rechtsgrundlage.

Er ist nach dem 9. November abgeschafft worden. Ausnahme-gesetze sind der heutigen Zeit nicht mehr entsprechend. Aber man beachtet ferner die Regierung dabei nicht einmal die elementarsten Grundsätze des Rechts, die sogar die alte Regierung angewandt hat. Warum hat man die Angelegenheit der Landesversammlung nicht sofort beim Zusammentritt unterbreitet? Da sie erklärte, nur die treffen zu wollen, die mit der Waffe in der Hand betroffen würden, warum hat sie dann eine Reihe von Verfassungsartikeln außer Kraft gesetzt, die tief ins politische Leben eingreifen? Warum hat Kossel seinem Befehl eine so zwingende Form erlassen, daß unbedingt jeder erschossen werden muß, den man mit der Waffe antrifft? Wir verlangen auch Auskunft, ob Zusätze in verächtlicher Form dazu ergangen sind, und weshalb das alles? Wir wissen heute, daß die Ereignisse in Pflanzberg maßlos übertrieben worden sind. Wahrscheinlich wäre der Befehl nicht ergangen, hätte nicht ergehen können, wenn wahrheitsgemäß die Öffentlichkeit unterrichtet worden wäre. Wir fordern die parlamentarische Untersuchungskommission, um volle Aufklärung zu erhalten. Die Truppen sind noch weit über die Verordnung hinausgegangen. Wahlos sind auch Bloße Denunziationen hin Verhaftungen und selbst Erschießungen vorgenommen worden. Ist es da ein Wunder, wenn immer aufs neue die Streikidee auflaucht?

Die Arbeiterschaft stellt die Menschenwürde höher als wirtschaftliche Güter.

Daß von gewisser Seite jeder politische Gegner als ein Mensch angesehen wird, der es verdient, rücksichtslos mit den härtesten Mitteln behandelt zu werden, hat die Gegenpartei außer Acht gelassen. Dazu kommt das Verhalten der Presse. Das schafft eine Atmosphäre, worin die Menschen schließlich in einen erdähnlichen Zustand versetzt werden; in solcher Situation werden dann Anschuldigungen, Frauen und Kinder wahllos getötet. Den Belagerungsstand in dieser Weise voranzutreiben, muß zu Erscheinungen führen, die Sie alle nicht verantworten können. Frey- und Versammlungsfreiheit sind bedroht. Wir wollen mehr Achtung vor den staatsbürgerlichen Freiheiten herbeiführen. Die Lebensmittelpreise, die Produktionspreise bilden den Untergrund der Ergebnisse. Da können weder schöne Worte noch lächerliche Blatteleien helfen, sondern nur die Verwirklichung des Sozialismus.

Wir haben zu weitgehende Maßnahmen der Spartakisten verhindert. (Lachen und Widerspruch.) Zurufe: Sie haben die 14 ermordeten Demokraten auf dem Gewissen! Zurufe: Heraus mit dem gestohlenen Geld! Auch wir verurteilen die Plünderer und unläuterer Elemente! (Erregte Rufe: Wo haben Sie das Düsseldorf'scher Geld gelassen? Rufe mit dem Geld! — Plünderer, Räuber! — Die allgemeine Erregung steigt. Rufe: Bangsinger!) Wenn Heinrich sich vollkommen der Regierung zur Verfügung stellt, so machen wir dahinter ein Fragezeichen. Eine Kommission, die nur das Recht der Mitentscheidung hat und deshalb gebunden ist an das, was die Gerichte ermittelt haben, genügt und nicht. Wir verlangen, daß die Kommission selbst richterliche Befugnisse hat. Gegenüber dem Kriegsminister stelle ich fest, daß die in Adlershof gefundenen Waffen aus der Kommandantur stammen. (Hört, hört! bei den U. Soz.) Interessant ist die Behauptung eines Offiziers in Adlershof: „Arbeiter- und Soldatenräte gibt es für uns nicht mehr.“ (Hört, hört! bei den U. Soz.) Wir verlangen sofortige Beseitigung des Belagerungsstandes. (Beifall bei den U. Soz.)

Justizminister Heine: Der Abg. Obuch will wissen, warum wir den Belagerungsstand selbst verhängt und nicht zu diesem Zwecke die Landesversammlung einberufen haben? Wir haben den Belagerungsstand am 3. März verhängt; die Landesversammlung hatten wir auf den 4. einberufen, haben sie aber abgelehnt, weil die Bahnen zum Teil gesperrt waren und die Abgeordneten nicht nach Berlin kommen konnten. Hebrigens, selbst wenn wir die Landesversammlung hätten einberufen können, so wären darüber in jedem Falle Tage vergangen. Im übrigen ist die Verhängung des Belagerungsstandes hinterher sofort vom Staatsministerium ausdrücklich genehmigt worden. Die „Kote Bahne“ als Sammelstelle der Spartakisten muß, solange der Kampf dauert, verboten bleiben. Die Gefängnisse sind überfüllt, da die Spartakisten Berlin zum Kriegszentrum gemacht haben. Öffentlich arbeiten die Gerichte so rasch, daß die ewigen Unschuldigen entlassen und die Schuldigen der verdienten Strafe zugeführt werden können. Gewiß ist eine gefährliche Stimmung vorhanden. Das ist eine Folge der ganzen Kriegereignisse. Solange uns angedroht wird, am 25. den Generalkriegsminister zu beginnen. (Zuruf der U. S.: Am 26. — Gelächter und Unruhe.) Solange müssen wir die Macht, mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung behalten. Solange die „Freiheit“ behauptet, die ganzen Zusammenhänge und Vorverurteilungen seien propagiert von der Regierung um einen Anlaß an den Arbeitern vorzunehmen zu können (Stürmische Zurufe), solange ein solcher Wahnsinn behauptet wird und es Zeug gibt, die ihn glauben, solange bleibt uns nichts anderes übrig, als eine Politik der Wache zu treiben. Wir hoffen aber, daß wir bald dazu kommen, eine positive Politik zu treiben. (Leb. Beif.)

Abg. Hallmann (D. V.): In Pflanzberg begannen die Unruhen schon am 8. März, als der berühmte erste Schuß am Alexanderplatz noch nicht gefallen war.

Ich habe selbst gesehen, wie eine große Menge, an deren Spitze bewaffnete Spartakisten sich befanden, einen verwundeten Regierungssoldaten unaufrichtig geschlagen, gestoßen und mit Füßtritten bearbeitet hat, wie dieser Soldat zwei kräftige Kolbenschläge auf die Schulter und den Hinterkopf erhielt, so daß er eine neue fließende Wunde davontrug. (Stürmische andauernde Pöbeleien u. d. Mehrheit; Adolf Hoffmann ruft: Haben Sie das wirklich gesehen?) Ich habe alle Einzelheiten in einer Entscheidung von zehn Schritten genau verfolgt. Darauf wurde der niedergeschlagene Soldat in ein Hospital gestellt und kurzerhand erschossen. (Erneute stürmische Zurufe.) Dieser Vorgang hat sich noch bei fünf anderen Soldaten wiederholt.

Ich möchte die delinquente Erwartung aussprechen, daß die Truppen nicht eher aus Pflanzberg zurückgezogen werden, als für den Schutz der Bürgerschaft hinreichend gesorgt ist. Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort erhält:

Adolf Hoffmann (U. S. P.):

Ich habe immer betont, Sie sollten endlich zur Menschlichkeit zurückkehren. Gewalttätigkeiten verurteilen wir genau so, wie Sie. Ich habe nachgewiesen, wie sie entstanden sind, wie sie hätten vermieden bzw. beigelegt werden können. Sie haben einzelne Fälle angeführt und sich über die dabei ereigneten Grausamkeiten entrüstet. Ich habe zehnmal mehr Fälle erzählt, aber wo blieb Ihre Entrüstung? Wenn man auf dem Markushof in der Schule, da wo Kinder spielten, Erschießungen vornahm, Leiden zwischen Schienen liegen ließ, wenn Hände das Blut auftraten, so sind das Schreckensfälle, bei denen Entrüstung wohl am Platze ist. Da haben Sie geschwiegen.

Der Herr Kriegsminister hat zugegeben, daß die ganze Schießerei

durch ein Mißverständnis

herbeigeführt worden ist. Als der Kampf an Ausdehnung gewann haben sich Elemente eingeschoben, die der Parole der Zukunft nicht folgten. Was sind das aber für Leute? Es sind jene Elemente, die die alte Regierung aus den Gefängnissen entlassen und in den besten Mod gesteckt hat, um sie am Krieg teilnehmen zu lassen. Der Kriegsminister sprach auch von dem Waffenfund in Adlershof. Nun, die Waffen stammen vom Kaiserhof. Und von der Kommandantur dort hinaus, und daß

Vorhandensein war den Behörden bekannt. Ferner sind 86 Gewehre gefunden worden, die zur Ausrüstung der Jöhnen noch Waffen verdeckt halten (Erneute Zurufe.) Das glaubt Ihnen ebenso wenig ein Mensch, wie wenn Sie behaupten wollten, Sie hätten während des Krieges nur von rationierten Lebensmittel gelebt.

Grausamkeiten verurteilen wir genau wie sie und gerade darum wünschen wir zur

Feststellung der Wahrheit

eine Untersuchungskommission mit richterlichen Befugnissen und nicht so wie im Oberhof. Wenn Sie keine Wäsche haben, dann stimmen Sie doch zu! Ich vermisste nur bei den Fällen, die von Ihrer Seite vorgebracht worden sind, die Beweise. So weit wir bisher in der Lage waren, die Fälle in der Kürze der Zeit nachzuprüfen, hat sich ergeben, daß erhebliche Unrichtigkeiten dabei unterlaufen sind. In Halle soll die Sicherheitswehr am Dir Spitze der Plünderer getreten sein. Das ist unrichtig. Bis zum Einrücken der Regierungstruppen, die durch ihr Vorgehen die Empörung der gesamten Bürgerschaft hervorriefen, herrschte völlige Ruhe, obwohl der Generalkriegsminister schon acht Tage bebauert hatte. General Räter übernahm den Sicherheitsdienst und mußte erklären, daß er ihn nicht durchzuführen vermochte. Daß in Pflanzberg aus dem Gäßchen hundertbewaffnete nach Herrn Heines Befehlen gerückt seien und die dort versammelten Vertrauensleute der Eisenbahner mißhandelt hätten, ist eine Mär, vorgebracht, um dem Inhaber des bekannten sozialdemokratischen Versammlungslokals etwas anzuhängen. Aber wir werden Ihnen, Herr Riedel, Gelegenheit geben, den Wahrheitsbeweis anzutreten. (Zuruf des Abg. Riedel.) Nun, ich sehe lange genug im politischen Leben, um zu wissen, daß man von politischen Aussagen mit Schmutz beworfen wird.

Der

Erfolg des Generalkriegs

ist gewesen, daß die Regierung sich gezwungen gesehen hat, in bezug auf das Rätegesetz und in der Sozialisierungsfrage dem Drängen der Arbeiter nachzugeben. Aber von den Versprechungen bis zur Tat ist ein weiter Schritt. Die Arbeiterschaft wird nicht locker lassen und so lange wird der Generalkrieg nicht von der Tagesordnung verschwinden.

Sie haben uns vorgeworfen, die Pressefreiheit mißachtet zu haben. Auch das ist falsch. Wir haben am 9. November die Volkszeitung besetzt, weil wir kein eigenes Organ hatten und dem Volke, nachdem es mehr als vier Jahre schamlos belogen worden ist, wenigstens einmal die Wahrheit zu sagen. Wir haben dem Verlog alle anderen Zeitungen geschlossen, auch der Verlogen hat er geholt und in keiner Weise ist Schaden angerichtet worden.

Aber eine andere Frage habe ich an Sie zu richten:

Wie steht es mit der Entwaffnung?

Die Arbeiter werden restlos entwaffnet, das Bürgertum ruft dagegen im Geheimen zur Bewaffnung weiter auf, und auch Herr Gaensisch hat sich jetzt an die akademische Jugend gewendet. Dieser Herr hat übrigens seinem Unterstaatssekretär nahegelegt, gutwillig von seinem Posten gegen eine jährliche Pension von 12000 Mark zurückzutreten, andernfalls setze ihm ein Disziplinarverfahren bevor.

Herr Kaufmann hat uns die Schuld an den Ereignissen vom 9. November zugeschoben. Er hat also noch nicht begriffen, daß die Ursachen in der Wirtschaft zu suchen sind, die gerade von Ihrer Seite getrieben worden ist. 4 1/2 Jahre haben Sie das deutsche Volk in der unerhörtesten Weise bluten lassen und durch den U-Bootskrieg und den Haß der ganzen Welt zugezogen. Die Angriffe gegen die Matrosen sind ganz sinnlos. Diese Leute sollten ruhig geopfert werden. Dagegen haben sie sich gewehrt und haben durch ihr tapferes Vorgehen das deutsche Volk vor dem Abgrunde gerettet, in den es durch Ihre Schuld gestürzt worden wäre. Sie arbeiten allerdings systematisch und gut, um die Monarchie wieder vorzubereiten. Sie sagen zwar, sie denken nicht an den Umsturz. Ja, jetzt nicht. Erst soll die jetzige Regierung den ungünstigen Frieden schließen und dann werden Sie kommen. Bedauerlich ist es nur, daß Ihnen die Regierung so in die Hände arbeitet.

Sie entrüsten sich über die Plünderungen. Niemand hat das deutsche Volk schlimmer bewandert, als Sie. Sie haben sich auf Kosten der Arbeiter die Taschen gefüllt. Und wenn sich dieser und jener der Arbeiter die Finger nicht rein gehalten hat, so ist er Ihnen gegenüber doch nur ein Weisheitsknecht. Der Belagerungsstand soll erst aufgehoben werden, wenn Ruhe und Ordnung wieder hergestellt sind. So sagte Wilmard vom Sozialistengesetz auch. Er ließ es immer wieder um Jahre verlängern und begründete es genau so, aber schließlich ist er darüber gestolpert und hat sich das Genick gebrochen.

Herr Heine hatte die Stirn, von uns als von Subalternen zu sprechen. Ich entsinne mich, daß sich einmal Herr Dirsch ganz energisch gegen diesen Ausdruck gewandt hat und von Kaschementon sprach. Ich werde ihm jetzt das Stenogramm der Heineschen Rede senden, damit er sehen kann, was Kaschementon ist.

Aus der ungeheuren

Fülle von Material,

was uns unablässig zufließt, kann ich Ihnen nur einen ganz beschreibenden Teil vortragen. Aber die Fälle liegen so traurig, daß wohl Entrüstung am Platze ist. Am 13. März sind zwei Arbeiter an der einsamen Pappel menschenleidend getötet und die Leiden ausgeplündert worden, so daß ein Kriminalbeamter zunächst an einen Mord dachte. In einem anderen Falle ist ein Vater mit seinem Sohne getötet worden, weil sie zwei Handgranatenstücke besaßen, die sie zu einem Schreibezeug betreiben wollten. Aus dem Gefängnis erhalte ich einen Brief, der Kunde gibt, wie man die Gefangenen mißhandelt, zusammenversteht, ohne genügende Nahrung läßt und fleisch mariert, indem man ihnen fortgesetzt mit Erschießen droht. Wo bleibt denn da Ihre Entrüstung, meine Herren?

Jetzt ist die weiße Garde nach den Vororten gegangen. In Friedrichshagen hat man, weil man den Gefangenen nicht antos, einfach seinen Sohn verhaftet. Ohne jedweden Grund schreitet man auch da zu Sicherungen, genau wie in Berlin, und vielfach sind die Angehörigen ohne Nachricht über den Verbleib, so daß sie das Schlimmste befürchten. Warum rufen Sie da nicht „Pui“? Ihre Schreie von jetzt und Ihre Entrüstung von vorher läßt darauf schließen, daß Ihre Entrüstung nur erklüftet war.

Ich werde auf dem Tisch des Hauses eine photographische Mädenansicht eines Matrosen niederlegen, eines Rechtssozialisten, den man in Wilhelmshaven mit Lawenden mißhandelt hat. Darüber können Sie sich entrüsten.

Wir verlangen die Wahrheit in allen Fällen.

Die Inn aber nur die von uns geforderte Kommission an den Tag bringen. Solche Vorgänge müssen die Regierung zum Sturz bringen. Sorgen Sie dafür, daß Ordnung eintritt, aber nicht durch die Brutalitäten einer sogenannten sozialistischen Regierung, sondern durch eine vernünftige sozialistische Politik.

In persönlicher Bemerkung erklärt Abg. Gaensisch, daß er allerdings dem von Herrn Adolf Hoffmann zum Unterstaatssekretär gemachten Dr. Baerger dringend getaten habe, seinen Abschied einzutreten.

Vor der Abstimmung, die über den Antrag Hoffmann eine namentliche sein wird, verläßt sich das Haus nach 10 Uhr auf Mittwoch, 2 Uhr.